

# Technik-Party mit leichtem Missklang

Die Bundesregierung will bei Forschung und Entwicklung die Ausgaben nicht kürzen. Dennoch gibt es Überlegungen, die Art der Förderung von direkte auf indirekte Mittel, also über die Steuern, umzustellen. Kleine und mittelständische Betriebe, die häufig gar keine steuerlichen Gestaltungsspielräume haben, sehen das als klare Benachteiligung. Sie lehnen die Veränderungen mehrheitlich ab. Das wurde auf der Berliner Neheitenmesse deutlich, auf der sich Sachsen-Anhalt von seiner innovativen Seite zeigte.



SONOTEC-Chef Hans-Joachim Münch (li.) zeigt beim Innovationstag Mittelstand ein neues Ultraschall-Ortungsgesetz seines Unternehmens

Die Bundesregierung sieht sich zu einem rigorosen Sparkurs gezwungen – dennoch will das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) bei Forschung und Entwicklung nicht den Rotstift ansetzen.

„Trotz der notwendigen Haushaltskonsolidierung“, so Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle bei der Eröffnung des 17. Innovationstages Mittelstand in

Berlin, „werden wir die Haushaltsmittel bei der Technologieförderung nicht kürzen.“ Denn ein innovativer Mittelstand sei für ein dauerhaft höheres Wachstumspotenzial entscheidend. Bekräftigt wurde diese Aussage durch gut 200 High-Tech-Entwicklungen aus dem gesamten Bundesgebiet auf der „Technik-Gartenparty“, die ohne Forschungsförderung des BMWi nicht oder erst viel später entstanden wären.

Sachsen-Anhalt war auf der traditionellen Leistungsschau mit einer ganzen Reihe von Exponaten vertreten: von Salben-Prototypen mit Wirkstoffen aus der Pappel bis hin zu Ultraschall-Breitband-Verfahren zur hydrogeografischen Vermessung von Unterwasserobjekten.

Das Fazit des BMWi nach knapp zwei Jahren „Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM): Die För-

dermaßnahme hat bundesweit einen technologieübergreifenden Innovationsschub ausgelöst. Das vom Deutschen Industrie- und Handelstag nach einer Unternehmensumfrage als „Best Practice“ unter den Förderprogrammen empfohlene ZIM bewirkte einen regelrechten Nachfrageboom unter den Firmen und Wissenschaftseinrichtungen. Binnen 24 Monaten ergingen 8300 Förderzusagen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro.

Sachsen-Anhalt nimmt im Länderranking mit 330 Vorhaben und zugesagten Zuschussmitteln von über 43 Millionen Euro einen Platz im Mittelfeld ein.

Dr.-Ing. Wolfgang Beck, Geschäftsführer der Halberstädter Duropan GmbH, zeigte auf dem Innovationstag einen neuartigen thermischen Transmitter. Er sagte, die vom BMWi betriebene Förderpraxis habe sich absolut bewährt: „Sie

beschleunigt nicht nur den Forschungs- und Entwicklungsprozess, sondern sorgt auch für die notwendige Kommunikation zwischen den beteiligten Partnern.“

Die Überlegungen zu einer veränderten Art der Forschungsförderung, die auf eine spätere Reduzierung der Steuer-schuld abzielt, lehnt Beck dagegen kategorisch ab: „Für den Mittelstand nicht geeignet.“

Hans-Joachim Münch ist geschäftsführender Gesellschafter der SONOTEC GmbH. Der Hallenser Betrieb produziert und vertreibt mit großem Erfolg Ultraschall-Ortungsgesetze zur Energieeinsparung bei Drucklufttechnik. „Sonotec verfügt über eine eigene Forschungs- und Entwicklungs-Abteilung, die kontinuierlich an neuen Herausforderungen arbeitet. Fördergelder über das ZIM-Programm können ohne großen bürokratischen Aufwand beantragt werden und lassen sich daher gut in den betrieblichen Ablauf einplanen.“

Gerade für mittelständische Unternehmen sei es immens wichtig, die finanziellen Risiken zu begrenzen. Eine steuerliche Forschungsförderung sieht auch Münch dagegen mit Skepsis. „Sie nutzt in erster Linie nur den Großen.“ Die jetzige Projektförderung solle in jedem Fall erhalten bleiben.

Das BMWi hat die Mittel für die Förderung für kleine und mittelständische Unternehmen von 375 Millionen Euro 2005 auf 674 Millionen Euro im Jahr 2010 erhöht. Erste Zwischenbilanzen weisen aus: Ein Förder-Euro generiert in drei Jahren nach Projektabschluss 12 Euro Umsatz. Pro Projekt werden im Durchschnitt fünf Arbeitsplätze geschaffen und zehn erhalten – eine innovative Antwort auf die Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise.